

Um Deutschlands Luftfreiheit.

Die gegenwärtig in Paris stattfindenden Verhandlungen über eine Luftverkehrsconvention zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen sind an einem sehr entscheidenden Stadium angelangt. Es handelt sich, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, tatsächlich darum, daß

Deutschland die volle Freiheit der Entwicklung seiner Luftschiffahrt gemäß den vertraglichen Bestimmungen zurückerhält.

Diese deutschen Forderungen betreffen nicht etwa allein irgendwelche wichtige Einzelfrage, wie beispielsweise die Aufrechterhaltung der Friedrichshafener Zeppelinwerke, deren Zerstörung von Frankreich gefordert worden ist. So wichtig auch gerade dieser Punkt für Deutschland ist, kann jedoch keinesfalls der Eindruck erweckt werden wollen, als ob die deutsche Regierung bereit wäre, lebenswichtige Interessen der deutschen Luftschiffahrt preiszugeben. Namentlich die französische Regierung scheint sich der ganz falschen Auffassung hinzugeben, Deutschland würde den alliierten Ländern ohne weiteres das Recht zum Überfliegen deutschen Gebiets zugestehen, wenn dafür die Zerstörung der Friedrichshafener Anlagen unterbleibt. Auf ein solches Tauschgeschäft kann sich die Reichsregierung selbstverständlich nicht einlassen.

Bei der Behandlung der ganzen Frage dreht es sich darum, die Beschränkungen des deutschen Luftverkehrs wesenlos aufzuheben oder wenigstens bedeutend zu mildern. Erst dann können Verhandlungen, mit anderen Ländern in dieser Frage zusammen zu arbeiten, in Betracht kommen. Deutschland kann nicht dulden, daß die anderen Länder mit großen Flugzeugen über deutsches Gebiet hinwegziehen, während Deutschland nur mit schlechteren Maschinen arbeiten darf. Deutschland hat dabei unzweifelhaft einen großen Trumpf in seiner Hand. Das ist seine geographische Lage. Beispielsweise müssen englische oder französische Luftfahrzeuge auf

ihrem Wege nach dem Osten unbedingt deutsches Gebiet berühren, während Deutschland selbst lediglich in ganz besonderen Ausnahmefällen gezwungen wäre, französisches oder englisches Gebiet zu überfliegen. Der Vorteil wäre also vielmehr für die englisch-französische Luftschiffahrt gegeben, wenn Deutschland ein so wichtiges Zugeständnis wie die freie Luftüberfahrt über seine Gebiete gestatten würde.

Die französische Deffektivität scheint sich noch nicht darüber klar zu sein, wie außerordentlich hart Frankreich in der Luftverkehrsfrage auf das Entgegenkommen Deutschlands angewiesen ist. Es ist eine ganz irrtümliche Auffassung, wenn die Franzosen glauben, daß sie aus dem Versailler Vertrag ohne weiteres das Recht herleiten können, für den französischen Luftverkehr eine Art Reichbegünstigung von Deutschland zu fordern. Aus den Bestimmungen des Friedensvertrages geht vielmehr in eindeutiger Weise hervor, daß seit dem 10. Januar 1923 die volle Luftverkehrsfreiheit Deutschlands besteht und die auf wirtschaftlichem Gebiet für Frankreich festgelegten Vergünstigungen nicht etwa auf den Luftverkehr ausgedehnt werden dürfen. Es kann auch gar nicht bestritten werden, daß die deutsche Regierung ohne jede Einschränkung dazu berechtigt ist, das Überfliegen deutschen Gebiets durch fremde Flugzeuge gegebenenfalls mit Gewalt zu verhindern. Deutschland muß seine Luftfreiheit wahren und wird niemals eine günstige Position den fremden Regierungen gegenüber preisgeben, ehe nicht die Beschränkungen, die man dem deutschen Luftschiffbau auferlegt hat, endlich aufgehoben worden sind. Die Luftfahrt hat für die Zukunft der deutschen Wirtschaft so große Bedeutung, daß es eine Lebensfrage für das Deutsche Reich ist, volle Entwicklungsfreiheit zu erlangen, da die Aufrechterhaltung der gegenwärtig bestehenden Maßnahmen gegenüber Deutschland auf Jahrzehnte hinaus dem deutschen Luftschiffbau jede Entfaltungsmöglichkeit nehmen würde.

Endlich wieder ein Ministerpräsident in Preußen.

Die gestrige preussische Landtagsitzung brachte eine Ueberraschung nach der andern. Die bisherigen Regierungsparteien stellten zunächst den sozialdemokratischen Abgeordneten, den früheren Ministerpräsidenten Braun, als Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft auf. Dieser Vorschlag wurde von den Rechtsparteien als eine beispiellose Provokation bezeichnet, so daß sich die Regierungsparteien entschlossen, von einer Kandidatur Braun abzusehen. Eine abermalige große Ueberraschung war es, daß die Regierungsparteien den Demokraten Dr. Höppler-Alshoff als Kandidaten aufstellten. Da Dr. Alshoff im ersten Wahlgang nur 213 Stimmen von 392 Stimmen erhielt, mußte ein zweiter Wahlgang stattfinden. Das Ergebnis brachte wiederum 213 Stimmen für Dr. Höppler-Alshoff und 177 Stimmen für den von den Rechtsparteien aufgestellten Staatssekretär Dr. Peters. Damit ist der Demokrat Höppler zum Ministerpräsidenten gewählt. Sehr bemerkenswert war die Tatsache, daß nunmehr der Antrag auf Auflösung des Landtages vorläufig in den Hintergrund treten mußte.

Das amtliche Wahlergebnis.

Nachdem jetzt beim Reichswahlleiter die Ziffern aus den noch fehlenden kleinen Wahlbezirken eingelaufen sind, stellt sich das vorläufige amtliche Wahlergebnis der Reichspräsidentenwahl wie folgt:

| | |
|----------------------------|------------|
| Abgegebene gültige Stimmen | 26 856 002 |
| Braun | 7 798 348 |
| Dr. Held | 1 006 790 |
| Hellpach | 1 567 197 |
| Dr. Jarres | 10 408 197 |
| Ludendorff | 284 975 |
| Marx | 3 884 877 |
| Thälmann | 1 871 207 |
| Zerplittert | 34 245 |

Das Kopierbrechen über die Reichspräsidentenkandidaten

nimmt wieder alle politischen Geister gefangen. Aus der Fülle der Kombinationen, die über alle Eventualitäten gepflogen werden, seien lediglich zur Kennzeichnung der Lage kurz einige angegeben, die jedoch einigermaßen sichere Schlüsse noch nicht zulassen. Als ziemlich sicher wird in parlamentarischen Kreisen angesehen, daß wir einen Rechtsblock und einen Republikanischen Block am 28. April vorfinden werden.

Der Rechtsblock hat die Nominierung der Kandidatur Jarres auf Donnerstag verschoben. Neuerdings wird behauptet, daß Dr. Jarres entschlossen sei, die Kandidatur für die Reichspräsidentenschaft für seine Person endgültig abzulehnen.

In den politischen Kreisen ist es aufgefallen, daß die hinter dem Rechtsblock stehenden Parteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei sehr eingehend die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Einheitskandidatur aller bürgerlichen Parteien in Erwägung ziehen. Von deutschnationaler Seite ist sogar — vorläufig jedoch unverbindlich — angeregt worden, Dr. Gehler wieder in Vorschlag zu bringen. Es scheint, daß man damit der Wahrscheinlichkeit entgegenkommen will, die unter allen Umständen neue Verhandlungen über die Kandidatur Gehler wünscht. In den demokratischen Kreisen wird demgegenüber erklärt, daß im gegenwärtigen Stadium der Dinge derartige Erwägungen überholt seien, zumal jetzt die besten Möglichkeiten für eine Sammelkandidatur der Verfassungskomiteeparteien gegeben seien.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums löste den Beschluß, vorläufig an der Kandidatur des früheren Reichslandtagsmarschallers Marx festzuhalten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Zentrum und den Demokraten ein sofortiges Verhandlungsangebot über eine sogenannte republikanische Präsidentschaftskandidatur unterbreitet. Gleichzeitig haben die sozialdemokratischen Führer erklärt, daß die Sozialdemokratie bereit sei, auf Braun zu verzichten und der Aufstellung einer Kandidatur eines Vertrauensmannes des Zentrums oder der Demokraten zuzustimmen.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 31. März 1925.

Die heutige Landtagsitzung beginnt mit der dritten Beratung des Entwurfs eines Landwirtschaftsamergegesetzes. Abg. Pagenstecher (Dnat.) weist nochmals auf die ernsten Bedenken hin, die die jetzige Berufsvertretung der Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Sachverständigen und eine Zahl Forstwirte gegen die Einrichtung einer Forstkammer haben. Sie bedeute eine Ueberorganisation und eine einseitige Belastung der Landwirtschaft, die einen Fortschritt wünsche. Redner beantragt Annahme der vorliegenden Minderheitsanträge. — Die deutschnationalen und kommunistischen Minderheitsanträge werden abgelehnt und das Gesetz wird schließlich nach dem Entwurf mit den beantragten Abänderungen der Ausschlußmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Weiter liegt vor der Gesekentwurf über die Aufwertung von Gebäudeschadensvergütungen der Landesbrandversicherungsanstalt. Wesentliche Abänderungen sind, daß als Stichtag der 1. September 1923 gelten soll und daß für Bauarbeiten, die nach dem 1. Januar 1925 ausgeführt werden, der jeweils geltende Teuerungszuschlag gewährt werden soll. — Auch dieses Gesetz findet Annahme. — Es folgt die erste Beratung des Gesekentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Aufnahme einer Anleihe zur Weiterführung stillgelegter Wohnungsbauten. Der Entwurf geht an den Haushaltsausschuß A.

Ein Antrag des Abg. Günther (Dem.) u. Gen. auf Befreiung des Eigen- und Verkaufsbauten von der Entrichtung der Grunderwerbsteuer hat bereits den Ausschuß beschäftigt, der seine Annahme in folgender Fassung empfiehlt. „Die Regierung zu erwidern, mit möglicher Beschleunigung dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, die zur Behebung des Wohnungsbaues Erleichterungen der im Baufälle zu entrichtenden Steuern und Gebühren vorsieht, und bei der Reichsregierung wegen des Erlasses oder der Ermäßigung der Grunderwerbsteuer bei der Erstellung von Wohnbauten vorstellig zu werden. — Abg. Günther (Dem.) tritt für Annahme seines Antrags in der ursprünglichen Fassung ein. Durch Erleichterungen und Ermäßigungen allein sei dem Baugewerbe nicht geholfen. Wenn nicht ein vollständiger Erlaß der Steuern erfolge, sei es ausgeschlossen, die private Bauwirtschaft in genügendem Umfange zur Herstellung von Wohnungen zu gewinnen. Der Antrag findet hierauf in der Fassung des Ausschusses Annahme.

Die Regierungsvorlage über eine weitere Kapitalbeteiligung des sächsischen Staates bei der Sächsischen Flughäfen-Betriebs-Gesellschaft m. b. H. wird in sofortige Schlussberatung genommen. Abg. Meinel-Tannenberg (D. Rp.) bezeichnet es als Pflicht des Staates, den Flugverkehr nach Möglichkeit zu fördern. Seine Partei werde der Kapitalbeteiligung des Staates mit 150 000 Mk. zustimmen. — Abg. Lieberich (Kom.) erklärt, seine Partei könne eine derartige Ver-

wendung der Steuergelder der Arbeiter nicht gutheißen. Der Flugverkehr diene nur den Interessen der Börsenspekulanten. Man müßte den dreifachen Fahrpreis des heutigen verlangen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Endlich gelangt zur Beratung der Antrag Köllig-Anders u. Gen. wegen Vereinfachung von Mitteln für Gemeinden, deren Straßen durch den Abtransport von Nonnenstrahlbleien beschädigt werden. Abg. Köllig (D. Rp.) begründet seinen Antrag. Besonders die Straßen von Schandau und Sebnitz, Hertzwigsdorf, Hermsdorf usw. hätten großen Schaden erlitten, der von den betreffenden Gemeinden nicht allein getragen werden könne. Redner beantragt die Ueberweisung seines Antrags an den Finanzausschuß A. Das Haus beschließt demgemäß. — Nächste Sitzung Donnerstag nachm. 1 Uhr.

Politische Tageschau.

Die neuen Reichssteuern. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates führte in seiner letzten Sitzung die Beratung der Steuergelege fort. Die Heranziehung der öffentlichen Betriebe zur Körperschaftsteuer lehnte der Ausschuß ab. Weiter bestand er, daß ein- und daselbe Vermögensobjekt nur mit einer Realsteuer, entweder der Grunderwerbsteuer oder der Gewerbesteuer belastet werden dürfe. Ferner empfahl er die Erhebung einer Nachlasssteuer. Beim Gesetz zur Änderung der Verkehrssteuer wurde die Herabsetzung einer Reihe von Steuerbefreiungen gewünscht. An Einkommensteuer dürfe in den nächsten Jahren nur das für unbedingt notwendige Ausgaben Unerlässliche erhoben werden. Das steuerfreie Einkommen sei auf 1200 Mark zu erhöhen. Die Steuer soll für die ersten 8000 Mark 10 v. H. betragen und sich bis 40 Prozent steigern.

Die bevorstehende Antwort der Alliierten. Wie wir von unterrichteter Seite des auswärtigen Amtes erfahren, ist es nunmehr sicher, daß die französische Regierung auf die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage schon in kürzester Frist antworten wird. Die französische Note wird innerhalb der nächsten 48 Stunden in Berlin erwartet. Die Äußerungen Herriots haben in Berlin großes Aufsehen hervorgerufen, da sie auf ein Einlenken Frankreichs hindeuten. Nach den in Berlin vorliegenden Mitteilungen des deutschen Botschafters in London ist auch mit einer englischen Note zu rechnen, die aber noch einige Tage auf sich warten lassen wird.

Frankreich.

Entspannung im Elsch. Nachdem der Ministerpräsident Herriot seine angekündigte Rede über Elsch-Vorbringen vom vergangenen Freitag auf den nächsten Dienstag verschoben hat, glaubt man, daß er den elsch-letztingischen Forderungen gewisse Konzessionen machen wird. Der Berichterstatter Député Georges Weill (Strasbourg) hat erklärt, daß die französische Regierung den Verhältnissen in Elsch-Vorbringen möglichst Rechnung tragen wolle.

Bulgarien.

Eine kommunistische Tscheta. Bei einer Verfolgung von Terroristen wurde der Führer der bulgarischen Tscheta, Dorosjew auf der Straße erschossen. Danach wurde in einem Vorort Sofias die Organisation der bulgarischen Tscheta aufgedeckt. Es wurden Bomben, Höllenmaschinen, Sprengstoffe und kompromittierende Dokumente gefunden. Die Tscheta bestand aus kommunistischer Jugend, die wegen ihrer kommunistischen Tätigkeit bereits bekannt war.

Rußland.

Eine Rede Trozki. Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Moskau: Bei der Beerdigung der Opfer der Flugzeugkatastrophe, bei der der Chef der kaukasischen Tscheta Rogilewski, zwei andere Kommunisten, sowie der deutsche Flugzeugführer Spiel und sein georgischer Begleiter umlitten, hielt Trozki eine vierstündige Rede. Dies ist das erste Auftreten Trozki nach seinem Ausscheiden aus den Kerkern. Es widerlegt zahllose törichte Gerüchte vom Verschwinden Trozki und seiner Gefangenhaft. Die Beziehungen der kommunistischen Partei zu Trozki bleiben weiter im Fluß. Es liegen genug Zeichen dafür vor, daß emigrierte Kleinarbeit geleistet wird, mit der Richtung Trozki vorzubringen und daß die größte führende Persönlichkeit des Sowjetstaates Stalin einen solchen Ausgleich unter gewissen Voraussetzungen für möglich hält.

10000 russische Gutsadelige ausgewiesen. Der „Berl. Tagebl.“ meldet aus Moskau: Heute erschien das schon längere Zeit erwartete Dekret, das früheren adeligen Gutsbesitzern, die auf ihren Besitzungen nach der Aufteilung verblieben, das Aufenthaltrecht entzieht und ihre Ansiedlung in solchen Gouvernements verfügt, wo sie nicht vor der Revolution Besitz hatten. Dort ist die Zuteilung des normalen Bodenanteils an sie gestattet. Ihre mobile Habe bleibt ihr Eigentum, ebenso die Gebäude. Die Maßregel muß bis Januar 1926 durchgeführt sein und für Grenz-gouvernements beschleunigt werden. Schätzungsweise werden hier von etwa 10 000 frühere Gutsbesitzer betroffen. Ausnahmen werden für Personen gestattet, die sich in der Roten Armee oder sonst Verdienste um die Sowjetrepublik erworben. Dagegen werden von der Maßnahme auch nicht adelige frühere Großgrundbesitzer betroffen, wenn die örtlichen Behörden ihre Entfernung für notwendig halten.

Bereinigte Staaten.

Umwicklung in der Haltung zu Rußland. Coolidge hat mit Kellogg und Borah über die Abzweckungskonferenz und im Zusammenhang damit über die allgemeine politische Lage beraten. Nach der Sitzung erklärte Borah Pressevertretern, daß die Regierung, entgegen den Gerüchten, die rußlandfeindliche Politik jetzt nicht fortzusetzen beabsichtige.